

Offener Brief

Zwei Jahre nach der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan hat das terroristische Regime klar bewiesen, dass sie sich, nicht wie es propagiert worden war, verändert haben. Stattdessen treten sie heute noch radikaler auf als sie zuletzt an der Macht waren, in den 1990er Jahren. Zudem pflegen sie heute wie damals enge Kontakte mit Al-Qaida und anderen terroristischen Gruppen.

Die Taliban 2.0 begehen täglich unzählige Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber den Frauen und jeglichen Personen die der Norm der Taliban abweichen¹. Frauen sind komplett aus der Öffentlichkeit verbannt, und es werden laufend weitere Einschränkungen durchgesetzt. So hat etwa die Schließung von Schönheitssalons im Juli 2023 drastische Auswirkungen auf die noch letzten Jobmöglichkeiten und Treffpunkte für Frauen. Außerdem wurde die Bildung für Mädchen im August 2023 noch weiter eingeschränkt, so ist der Schulbesuch für Mädchen in vielen Provinzen offiziell ab dem Alter von zehn Jahren verboten.² Frauen und Mädchen erleben ihr Leben zunehmend als aussichtslos und die drastischen Folgen für ihr psychische Gesundheit wird an der hohen Zahl an Selbstmorden sichtbar³

Die Taliban vertreiben Hazaras, Tadschiken und Usbeken von ihren Gebieten, um die ethnische Demografie der Regionen zu ändern. An ihrer Stelle haben die Taliban, um einer Forderung Pakistans gerecht zu werden, schätzungsweise 30.000 Mitglieder der pakistanischen Taliban angesiedelt.⁴ Hinzu kommen zahlreiche Hinrichtungen auf Basis ihrer ethnischen Zugehörigkeiten gegen Hazaras und Panjshiris. Bei Hazara stellt das eine Fortsetzung der jahrzehntelangen systematischen Unterdrückung und die Fortsetzung des Genozids dar. Bei Bürger*innen des Panjshir verüben die Taliban durch die Hinrichtungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sie verüben Rache an der Zivilbevölkerung aufgrund des Widerstands im Panjshir-Tal.

Es gibt zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass unter den Taliban Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit nicht existieren. Während des Muharrens, der zehntägigen Trauerfeier der Schiiten, wurden unzählige Trauernde in Kabul von den Taliban mit Kabeln geschlagen sowie ihre Symbole von der Öffentlichkeit entfernt. Am schlimmsten war es in Ghazni, wo die Taliban auf die Menschen geschossen haben. Dabei wurden vier Menschen ermordet, unter ihnen ein zehnjähriges Kind und 33 Personen wurden verletzt.⁵

Jegliche Meinungsverschiedenheit wird von den Taliban brutal niedergeschlagen. Das Regime verlangt von der Bevölkerung Afghanistans nicht weniger als eine absolute Unterwerfung und die Anerkennung ihres Regimes ohne jegliche Konzession, wie sie etwa von der internationalen Gemeinschaft gefordert werden. Afghanische oppositionelle Gruppen innerhalb und außerhalb des Landes sind leider bis dato

¹ Dies betrifft die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, so etwa ethnischen Gruppen, wie den Hazara, Tadschiken, Sikhs, als auch LGBTQIA, Frauen, Atheisten und Schiiten
Unter "Minderheiten" sind hier ausgeschlossene ethnische Gruppen, Frauen, LGBTQI und Anderdenkende gemeint.

²<https://www.hindustantimes.com/world-news/afghanistan-taliban-bans-girl-students-from-attending-school-beyond-third-class-report-101691294250285.html>

³ Vgl: [https://www.thelancet.com/journals/lansea/article/PIIS2772-3682\(22\)00098-1/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lansea/article/PIIS2772-3682(22)00098-1/fulltext),
<https://zantimes.com/2022/11/26/documenting-femicide-and-suicide-in-afghanistan-a-zan-times-report/>

⁴ Quelle: <https://www.afintl.com/en/202306135006>

⁵

<https://kabulnow.com/2023/07/taliban-fighters-attack-ashura-mourners-in-kabul-and-ghazni-killing-a-child/>

langsamer gewachsen als erwartet. Der Umgang der internationalen Gemeinschaft mit den Taliban kann insgesamt als ziellos, unkoordiniert, reaktionär und zurückhaltend beschrieben werden.

Setzt sich diese Situation weiter fort, hat das katastrophale Folgen für alle Menschen in Afghanistan. Ebenso können bereits jetzt umfassende negative Folgen in der gesamten Region, also auch in den Nachbarländern, festgestellt werden. Letztlich betrifft das Erstarken der Terrororganisation, und somit auch ihre Menschenfeindliche Ideologie, die gesamte Welt. Daher fordern wir von Seiten der internationalen Gemeinschaft und so auch von Österreich konkrete Maßnahmen um die vorhersehbaren Konsequenzen des Status quo zu verhindern:

Erstens, der politische Widerstand in und außerhalb Afghanistans, welcher die Frauen- und Minderheitenrechte sowie demokratische Prinzipien vertritt, sollte von Österreich aktiv unterstützt werden. Die österreichische Bundesregierung könnte etwa Konferenzen in Wien abhalten, um die koordinierte Vernetzung und Organisierung des politischen Widerstands zu fördern.

Zweitens, die EU und Österreich sollen, dazu beitragen, dass Talibanführer im Rahmen des internationalen Rechts rechtlich verfolgt werden. Ähnlich wie dies etwa auch bei Putin und anderer Entscheidungsträgern des Kriegsverbrechens im Ukrainekrieg passiert, sollten auch Talibanführer zeitnah verurteilt werden. Österreich könnte die Taliban im Sinne der Rome Statuten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Anklage bringen. Die Taliban sind Täter hinsichtlich ihrer Gender Politik, ihres Apartheid Regimes und der Zwangsvertreibungspolitik.

Drittens, die internationale Gemeinschaft nennt meist nur das Recht auf Bildung als wichtigste Bedingung für die Anerkennung der Taliban. Die Forderung muss jedoch mit der Bedingung verbunden sein, dass die Wahrung von Minderheitenrechten gewährleistet werden und Bildung nicht zu Propagandazwecken missbraucht wird. Denn aktuell ist das der Fall: Die Schulen bilden junge Männer zu Talibankämpfern aus und viele normale Schulfächer wurden gestrichen.

Viertens, wie bereits von zahlreichen Medien berichtet, profitieren die Taliban von internationalen humanitären Hilfe in Afghanistan. Die internationale Gemeinschaft sollte sich dafür einsetzen, dass die Hilfeleistungen tatsächlich bei den Menschen ankommen und daher transparent darüber berichtet werden muss.

Fünftens, Österreich sollte sich dafür einsetzen, dass alle hochrangigen Taliban-Funktionäre durch die EU und im Rahmen des Sicherheitsrates der UNO sanktioniert werden. Erst kürzlich hat die EU zwei Taliban-Funktionäre sanktioniert. Derzeit gibt es immer noch zahlreiche hochrangige Talibans, die nicht sanktioniert sind.

Sechstens, wir halten es für notwendig, mit den Nachbarländern Afghanistans im Sinne der Unterstützung von Menschen in Afghanistan zusammenzuarbeiten. Keinesfalls darf jedoch über die Menschenrechtsverletzungen dieser Länder, etwa hinsichtlich Massenabschiebungen nach Afghanistan, hinweggesehen werden. Auch der Tatsache, dass manche Nachbarländer Afghanistans direkt an der Stärkung der Taliban beteiligt waren, muss Rechnung getragen werden. Es braucht daher auch konkrete Maßnahmen gegen diese Länder, vor allem Pakistan, das bekanntlich als State-Sponsored Terrorism Staat gilt.⁶

⁶ <https://www.crisisgroup.org/asia/south-asia/pakistan/pakistani-taliban-test-ties-between-islamabad-and-kabul>; Wolf, Siegfried O.

Siebtens, die EU und auch Österreich sollten jene Personen, die sich auf Basis der internationalen Hilfgelder für Afghanistan der letzten 20 Jahre zu Unrecht bereichert haben, rechtlich verfolgen. Es sind sowohl Menschen aus Afghanistan, als auch Akteur*innen in anderen Ländern, die durch korrupte Machenschaften unter anderem von EU-Milliarden auf Kosten der Bevölkerung des Landes profitiert haben.⁷

Achtens, Österreich sollte sich bei seiner Flüchtlings-und Migrationspolitik nicht der Mittäterschaft verschreiben und stattdessen dazu beitragen, dass Afghan*innen die Einreise nach Österreich erleichtert wird. In diesem Sinne sollte Österreich die aufenthaltsrechtlichen Verfahren beschleunigen, ein humanitäres Visum einführen sowie Familienzusammenführungen forcieren. Weiters sollte Österreich ein klares Bekenntnis abgeben, die Taliban unter diesen Umständen keinesfalls anzuerkennen sowie nicht nach Afghanistan abzuschieben.

Unterzeichnende Organisationen:

- Verein Solidaritätsgruppe Afghanistan
- SOS balkanroute
- AGSCO (Afghan global civil society org)
- Verein Katib
- Sport- und Kulturverein Neuer Start
- Bund demokratischer Frauen Österreich (BdFÖ)- die Wiener Gruppe heißt "Klub der politisch interessierten Frau, BdFÖ", Kontakt: Mag.a Ulli Fuchs (Präsidentin)
- Verein AKIS - afghanische Kultur, Integration und Solidarität
- Entschleunigung und Orientierung - Institut für Alterskompetenzen
- Frauen* beraten Frauen*
- SOS Mitmensch
- Plattform 20.000frauen
- One Billion Rising Austria
- Craftistas Wien
- FZ / Kommunikationszentrum für Frauen, Lesben, Mädchen und Migrantinnen
- Ewa Ernst Dziedzic (Dialogbüro der Grünen)
- Rassismusfreies Transdanubien
- No Border Vienna
- IGASUS
- KPÖ Bundesvorstand
- Evelyn Adunka
- Österr. Ges. f. Exilforschung

"Pakistan and State-Sponsored Terrorism in South Asia." In Terrorism Revisited: Islamism, Political Violence and State-Sponsorship, edited by Paulo Casaca and Siegfried O. Wolf, 109–55. Contemporary South Asian Studies. Cham: Springer International Publishing, 2017.
https://doi.org/10.1007/978-3-319-55690-1_5.

⁷ Craig, Whitlock. "Consumed By Corruption" in The Afghanistan Papers; A Secret History Of War by Craig Whitlock. 183-195. Simon & Schuster Paperbacks, 2023.